

fängnisgesetz" (RMRB, 30.12.94). Der Gesetzestext hebt die Rechte der Gefangenen hervor und hält das Wachpersonal zur Respektierung dieser Rechte an. Der Text weist Ähnlichkeiten mit internen Polizeivorschriften zur Behandlung von Sträflingen auf, die bereits 1982 erlassen wurden. Willkürliche Mißhandlungen von Gefangenen wurden durch diese Bestimmungen nicht verhindert. Es bleibt abzuwarten, ob das neue Gesetz eine Besserung in dieser Hinsicht bringen wird.

1994 habe es, so Zhang Xiufu, nur noch 2.829 "Konterrevolutionäre" unter den Strafgefangenen gegeben, die meist wegen Verbindungen zu taiwanesischen und ausländischen Geheimdiensten verurteilt worden seien. Die Zahl der "Konterrevolutionäre" sei jedoch in den letzten Jahren stetig zurückgegangen: 1992 seien es noch 3.651 gewesen, 1993 nur noch 3.036.

Die von Zhang Xiufu angegebenen Zahlen erscheinen als wenig glaubwürdig. In seiner Studie des chinesischen GULag kam Jean-Luc Domenach (*China: l'archipel oublié*, Paris 1992) zu dem Schluß, daß Ende der achtziger Jahre noch zwischen vier und 5,7 Mio. Personen, darunter zwei bis drei Prozent politische Gefangene, in chinesischen Straflagern und Gefängnissen einsaßen. Genauere Zahlen der politischen Gefangenen sind schwer zu ermitteln, da zahlreiche Oppositionelle ohne formales Gerichtsverfahren aufgrund einer "administrativen Strafe" oder unter dem Schleier willkürlich herangezogener anderer strafrechtlicher Delikte in die Lager deportiert werden.

In den vom chinesischen Justizministerium gemachten Angaben sind außerdem nicht die zur "Besserung durch Arbeit" (*laojiao*, einer sogenannten "administrativen Strafe", die von der Polizei ohne Gerichtsurteil verhängt werden kann) Verurteilten enthalten. Allein schon offiziellen Angaben zufolge (vgl. XNA, 7.4.94) sitzen in diesem ergänzenden Straflager-System mindestens 150.000 Menschen ein. -hei-

*(11)

Tod des Wirtschaftsplaners Yao Yilin

Im Alter von 77 Jahren ist am 11. Dezember in Beijing der Revolutionsveteran Yao Yilin verstorben, der schon lange krank gewesen war. Er wurde von der Nachrichtenagentur Neues China als "hervorragender proletarischer

Revolutionär und brillanter Wirtschaftsleiter" gepriesen. Yao war erst im Oktober 1992 auf dem XIV. Parteitag der KPCh aus dem Ständigen Ausschuß des Politbüros ausgeschieden und im März 1993 auf dem VIII. NVK als stellvertretender Ministerpräsident zurückgetreten.

Yao Yilin galt - wie auch der Parteiveteran Chen Yun - als Patron von Ministerpräsident Li Peng. Dessen Huldigung für den Toten erschien am 21. Dezember unter dem Titel "Meine tiefe Trauer um den Genossen Yao Yilin" in der *Volkszeitung*. (Übersetzung in SWB, 22.12.94; s.a. XNA, 21.12.94) Li Peng, der Yao zum ersten Mal 1946 traf, beklagte in seinem Nachruf den Verlust eines vertrauten Kollegen und loyalen Veteranen. In den Jahren der Zusammenarbeit mit ihm habe er den Eindruck gewonnen, daß dieser ein guter Mitarbeiter und ein aufrechter und toleranter (!) Veteran sei. Als stellvertretender Ministerpräsident und dann als Ministerpräsident habe er immer Yao Yilins Meinung eingeholt, wenn er jemanden wegen eines Problems um Rat fragen wollte.

1917 in der Provinz Anhui geboren, besuchte Yao Yilin die berühmte naturwissenschaftliche Hochschule Qinghua in Beijing (Abschluß im Fach Chemie) und gehörte zu den Organisatoren der patriotischen Beijinger Studentenbewegung, die sich für den Widerstand gegen die Japaner und die Einführung der Demokratie einsetzte. Nach Gründung der VR China 1949 war Yao als stellvertretender Handelsminister und Minister für Wirtschaft tätig. In der "Kulturrevolution" kritisiert und seiner Ämter enthoben, wurde er schon 1973 rehabilitiert und übernahm u.a. die Posten eines stellvertretenden Ministers für Außenhandel, des Wirtschaftsministers und des Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission sowie des Leiters der ZK-Führungsgruppe für Wirtschaft und Finanzen. 1979 erfolgte seine Ernennung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und auf dem XIII. Parteitag 1987 seine Wahl in den Ständigen Ausschuß des Politbüros. Als Vorsitzender der staatlichen Prüfungskommission für das Drei-Schluchten-Projekt, den gigantischen Wasserregulierungsbau des Yangzi-Flusses, hatte er sich Ende 1989 gegen eine Realisierung des Projekts ausgesprochen, war dann aber später umgeschwenkt.

Als Verantwortlicher für Wirtschaftsfragen war Yao Yilin - in Übereinstimmung mit seinen Ratgebern Chen Yun

und Li Xiannian - ein strenger Verfechter einer zentralen Befehlsplanung. Als er merkte, daß dadurch die gravierenden Probleme Chinas nicht gelöst werden konnten, näherte er sich den gemäßigten Reformern um Deng Xiaoping, mahnte jedoch eindringlich zur Vorsicht bei den wirtschaftlichen Reformen, weil sie eine gefährliche Eigendynamik zu entwickeln begannen. Diese Haltung erinnert an Ministerpräsident Li Peng, der auch kein Freund von schnellen, einschneidenden Reformmaßnahmen ist. (RMRB, 13./20.94; XNA, 13.12.94; Xinhua, 18.12.94, in SWB, 21.12.94; CNA, No.1526 [1.1.95]; NZZ, 14.12.94) -ljk-

Kultur und Gesellschaft

*(12)

Ansichten des ZK und Staatsrats zur Verbreitung von Wissenschaft und Technik

Am 14. Dezember 1994 wurde in der chinesischen Presse ein Dokument mit dem Titel "Einige Ansichten des ZK der KPCh und des Staatsrats zur stärkeren Verbreitung von Wissenschaft und Technik" veröffentlicht (RMRB, GMRB, 14.12.94; Übers. nach Xinhua Inlanddienst, 13.12.94 in: SWB, 31.12.94). Das Dokument trägt das Datum vom 5.12.1994, war also kurz zuvor erstellt worden. In den "Ansichten" geht es darum, die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Chinas im Hinblick auf das 21. Jahrhundert und Chinas Stellung in der Welt herauszustellen. Die Verbreitung von Wissenschaft und Technik, so heißt es zu Beginn, sei eine Schlüsselmaßnahme zur Anhebung der Qualität der gesamten Nation; sie sei darüber hinaus ein wesentlicher Inhalt des Aufbaus einer sozialistischen materiellen und geistigen Zivilisation und eine notwendige Maßnahme zur Heranbildung einer Generation neuer Menschen. Die Ansichten der politischen Führung Chinas zu diesem Thema werden in 13 Punkten dargelegt, die im folgenden zusammengefaßt wiedergegeben werden.

1. Wissenschaft und Technik (im folgenden W+T) sind die wichtigsten Produktivkräfte und die wichtigste Kraft für Wandel in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Die weltweite technologische Revolution hat die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, ja selbst die Lebensweise der Menschen weltweit verändert. Der Wettbewerb in W+T, insbesondere der Wettbewerb in bezug auf Fachleute in W+T, ist zum Brennpunkt des Wettbewerbs aller Nationen in der Welt geworden. Viele Staaten betrachten die Hebung des wissenschaftlichen und kulturellen Niveaus ihrer Bevölkerung als Schlüssel zum Erfolg für den Wettbewerb des 21. Jh. Um mit diesem weltweiten Trend Schritt zu halten und den Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts zu begegnen, muß China durch Verbreitung wissenschaftlicher und kultureller Kenntnisse und durch Hinführen der Menschen zu wissenschaftlicher Produktions- und Lebensweise die Wirtschaft dazu bringen, sich auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu stützen, und die Qualität seiner Arbeitskräfte anheben.

2. In den vergangenen 45 Jahren hat China große Erfolge bei der Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse erzielt, insbesondere auch auf dem Lande. Dennoch hinkt China weit hinter den Anforderungen seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung hinterher. In den letzten Jahren ist die Popularisierung von Wissenschaft zunehmend mit Schwierigkeiten konfrontiert. Aberglaube sowie anti- und pseudowissenschaftliche Praktiken breiten sich aus, vergiften das Denken der Menschen und verdummen die Massen, verderben die junge Generation und behindern den Aufbau der sozialistischen materiellen und geistigen Zivilisation. Aus diesem Grunde ist es eine dringende Aufgabe, die Verbreitung von Wissenschaft effektiv voranzutreiben.

3. Die Verbreitung von W+T betrifft nicht nur den wirtschaftlichen Aufschwung, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt, sondern auch den Erfolg der sozialistischen Modernisierung und den Aufstieg der Nation. Sozialismus bedeutet weder Armut noch Unwissenheit. Die Intensivierung der Verbreitung von W+T und die Anhebung des wissenschaftlichen und kulturellen Niveaus des gesamten Volkes zielt darauf ab, den "feudalistischen Aberglauben" an der Wurzel auszurotten. Ihre wichtigsten Ziele sind: W+T als Grundlage für den wirtschaftlichen Aufbau zu begreifen, das Niveau der Arbeitskräfte anzuheben, Entscheidungsprozesse auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen, eine Genera-

tion neuer Menschen auf wissenschaftlicher Basis heranzubilden, Kader und Bevölkerung bei der Erwerbung wissenschaftlicher Kenntnisse anzuleiten und Aberglauben, Unwissenheit und Armut zu überwinden.

4. Um die Verbreitung von W+T haben sich die Parteikomitees und die Regierungen aller Verwaltungsebenen zu kümmern. Sie müssen diese Arbeit als langfristige strategische Aufgabe ständig im Auge haben und alle vorhandenen Einrichtungen und Potentiale nutzen.

5. Die Führungsrolle von Partei und Regierung bezüglich der Verbreitung von W+T muß gestärkt werden. Die Staatliche W+T-Kommission, der die Verbreitung von W+T in ganz China obliegt, wird Pläne aufstellen, Anordnungen treffen sowie die Aufsicht und die politische Führung durchführen. Sie wird ferner gemeinschaftliche Treffen mit entsprechenden Abteilungen organisieren und die Arbeit koordinieren. Die Chinesische Gesellschaft für W+T und andere Massenorganisationen und akademische Institutionen sollen weiterhin eigene Initiativen zur Verbreitung von W+T entfalten. Der Staat wird einen allgemeinen Plan für die Verbreitung von W+T aufstellen und diesen in den 9. Fünfjahrplan aufnehmen. Entsprechende Planungen sollen alle Behörden und Lokalverwaltungen in ihre Pläne für die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und gesellschaftliche Entwicklung aufnehmen. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, daß die Verbreitung von W+T mit den genannten anderen Plänen abgestimmt wird.

6. Die Verbreitung von W+T erstreckt sich auf die ganze Gesellschaft; deshalb ist es erforderlich, für das Verhalten, die Rechte und die Pflichten der Regierungen, Organisationen und der Öffentlichkeit hinsichtlich dieser Arbeit gesetzliche Normen aufzustellen. Der Staat wird auf der Grundlage der Verfassung und der allgemeinen Forderung nach "Verbreitung von W+T" im Gesetz über wissenschaftlich-technischen Fortschritt spezielle gesetzliche Regelungen und Durchführungsbestimmungen aufstellen und den Gesetzgebungsprozeß hinsichtlich der Verbreitung von W+T beschleunigen, so daß diese Arbeit möglichst schnell in legalisierten und systematisierten Bahnen verläuft.

7. Gegenwärtig soll aufgrund der spezifischen Bedingungen Chinas der Schwerpunkt der Arbeit auf folgende Bereiche gelegt werden:

- Die Verbreitung von W+T ist durch Erziehung in wissenschaftlichen Kenntnissen und Methoden und durch Erziehung zu wissenschaftlichem Denken zu fördern. Neben wissenschaftlichen Kenntnissen soll auch angewandte Technologie vermittelt werden.
- Zielgruppen sind die Jugend, die ländlichen Kader und Massen und die Führungskader aller Ebenen.
- Die Hauptrolle bei der Verbreitung von W+T spielt das Erziehungswesen. In Zusammenhang mit der Reform des Schulwesens sollen der Jugend W+T auf vielfältige Weise vermittelt werden; ihre Denk- und Aktionsfähigkeit sowie ihre Kreativität sollen ausgebildet und es soll ihnen zu einem richtigen Wissenschaftsbild, zu einer richtigen Lebensauffassung und zu einer richtigen Weltanschauung verholfen werden.
- Die Verbreitung fortgeschrittener angewandter Technologie soll in erster Linie auf die Bauern gerichtet sein, zumal solche in armen Gebieten und in Minderheitengebieten.
- Die wissenschaftliche Erziehung des Volkes soll dazu dienen, den feudalistischen Aberglauben und die Rückständigkeit aufgrund von Unwissenheit zu überwinden.

8. Zur Förderung der Entwicklung muß eine neue Situation für die Verbreitung von W+T geschaffen werden, insbesondere sollen Offenheit, Wettbewerb und Zirkulation herrschen. Diejenigen, die für diese Arbeit zur Verfügung stehen, müssen Anerkennung finden durch entsprechende Behandlung, Entlohnung, Titel, Fortbildung und Auszeichnung. Auf der untersten Ebene sollen Organisationen zur Verbreitung von W+T in großer Zahl entstehen, die sich am Bedarf der Gesellschaft und des Marktes orientieren, nach den Regeln der Marktwirtschaft arbeiten und bezahlte Dienste verschiedenster Art anbieten. Organisationen und Leute, die fortgeschrittene angewandte Technologie und Informationsdienste anbieten, sollen ermuntert werden, auf eigene Initiative eine Organisation zu gründen, selbständig Geld zu beschaffen und für Profit und Verlust selbst verantwortlich zu sein. Der Aufbau von Organisationen für die Verbreitung von W+T muß mit dem Aufbau eines sozialisierten Dienstleistungssystems kombiniert werden, wobei die Entwicklung verschiedener Formen nichtstaatlicher Organisationen, die wissenschaftlich-technische Dienste anbieten, forciert werden soll.

9. Mit der weiteren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und dem Anstieg der Steuereinnahmen wird der Staat allmählich mehr Finanzmittel für die Verbreitung von W+T zur Verfügung stellen und diese Arbeit langfristig, anhaltend und stetig unterstützen. Es ist notwendig, die begrenzten finanziellen Mittel auf wichtige Projekte zu konzentrieren und die Effektivität der Verwendung der Mittel zu erhöhen. Alle Gebiete sollen Einrichtungen zur Verbreitung von W+T bauen oder renovieren und diese als Zeichen einer modernen, zivilisierten Stadt betrachten.

10. Der Staat ermutigt die gesamte Gesellschaft, gemeinnützige Unternehmen zur Verbreitung von W+T zu betreiben und wird die entsprechenden gesetzlichen und politischen Voraussetzungen schaffen. Auf der Grundlage strenger Definitionen werden die Eigentumsrechte gemeinnütziger Unternehmen klargestellt und diese zu eigenen Rechtspersönlichkeiten gemacht. Unternehmen, gesellschaftliche Gruppen und andere Einheiten sollen zu Spenden für die Verbreitung von W+T und zum Betreiben gemeinnütziger Einrichtungen ermuntert werden, die der Gesellschaft Dienste anbieten. Auch aus dem Ausland soll Geld für solche gemeinnützigen Organisationen eingeworben werden.

11. Die Massenmedien müssen voll für die Propagierung der Verbreitung von W+T genutzt werden. Unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Qualität des ganzen Volkes und der Heranbildung der nächsten Generation muß die Bedeutung der Propaganda für die Verbreitung von W+T herausgestellt und die Rolle der Medien für die wissenschaftliche Erziehung betont werden. Zudem muß die Propaganda für die Verbreitung von W+T einen wesentlichen Bestandteil der gesamten Propagandaarbeit ausmachen. Ihr Anteil ist in den Massenmedien wie Zeitungen, Büchern, Radio, Fernsehen und Film stark zu erhöhen, damit ein gesellschaftliches Klima entsteht, in dem jeder "die Wissenschaft studiert, sie liebt, von ihr spricht und sie verwendet". Die Journalisten sollen dazu gebracht werden, sich wissenschaftlich-technische Kenntnisse anzueignen und die Verbreitung von W+T stärker zu propagieren. Die Publikation von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern zur Verbreitung von W+T und von wissenschaftlichen Videofilmen und Tonkassetten soll gefördert werden. Die Kultur- und Propa-

gandaabteilungen aller Ebenen sollen die Kontrolle über die wissenschaftlich-technischen Inhalte der Massenmedien und Publikationen verstärken und Berichte, die unwissenschaftlich sind oder Aberglauben propagieren, verbieten. Organisationen und Personen, die schlechten Einfluß ausüben oder gegen das Strafrecht verstoßen, müssen bestraft werden.

12. Man muß die Langfristigkeit, Kompliziertheit und Schwierigkeit der Bekämpfung anti- und pseudowissenschaftlicher Aktivitäten begreifen. Entsprechend dem Gesetz müssen diejenigen bestraft werden, die mit Hilfe feudalistischen Aberglaubens kriminelle Handlungen begehen, reaktionäre Sekten verboten werden und diejenigen, die an solchen Aktivitäten teilnehmen, kritisiert und erzogen werden. Vor allem die Führungskader aller Ebenen müssen mit gutem Beispiel vorangehen, sich moderne wissenschaftliche Kenntnisse und Methoden aneignen und gegen antiwissenschaftliche Trends vorgehen. Es ist ihnen verboten, an feudalistisch-berggläubischen und antiwissenschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen. Auch dürfen Partei- und Regierungskader keine Gottheiten in Tempeln verehren, keine Wahrsager aufsuchen oder großartige Trauerfeiern durchführen. Sie müssen eine Vorbildrolle für eine gute gesellschaftliche Moral spielen. Die bestehenden heiligen Stätten müssen alle überprüft und in Ordnung gebracht, Wahrsagerei und andere feudalistisch-berggläubische Aktivitäten mit administrativen und gesetzlichen Methoden verboten werden. Auf der Grundlage der Religions- und Nationalitätenpolitik der Partei soll die Kontrolle über Sehenswürdigkeiten verstärkt werden, ferner soll die Qualität der Reiseführer verbessert und deren Rolle für die Verbreitung von W+T entfaltet werden.

13. Die Verbreitung von W+T obliegt hauptsächlich den professionellen Kräften; zugleich aber soll die gesamte Gesellschaft in diese Arbeit eingebunden sein. Erziehungs-, Propaganda-, Kultur- und Tourismusabteilungen, Jugendliga, Gewerkschaften und Frauenverbände sollen sich aktiv an der Verbreitung von W+T beteiligen, auch alle W+T-Organisationen, Hoch- und Fachschulen und Akademien sowie Wissenschaftler und Techniker sollen sich dieser Aufgabe widmen.

Die Verbreitung von W+T, so schließt das Dokument, ist eine grundlegende strategische Aufgabe, die Chinas Ent-

wicklung im 21.Jh. betrifft. Deshalb hätten alle Parteikomitees und Regierungen für eine schnelle Umsetzung zu sorgen.

Diese vom ZK und Staatsrat geäußerten "Ansichten" sind zwar nicht einem Gesetz zu vergleichen, haben aber durchaus verbindlichen Charakter. Sie stellen gleichsam die Vorstufe zu einer ausführlicheren Gesetzgebung dar; eine solche wird in den "Ansichten" angekündigt (Punkt 6). Inhaltlich ist eine doppelte Zielrichtung festzustellen: Zum einen geht es um Chinas Stellung in der Welt, d.h. um Chinas Aufstieg im 21.Jh. Eine Weltmachtstellung fußt nach Auffassung der politischen Führung Chinas in erster Linie auf wirtschaftlicher Macht und diese ihrerseits auf wissenschaftlich-technischem Fortschritt. Deshalb sollen W+T gefördert und durch entsprechende Erziehung das Niveau ("die Qualität") der gesamten Bevölkerung, zumal der Arbeitsbevölkerung, angehoben werden.

Zum anderen liegt der Partei einmal mehr daran, gegen unwissenschaftliches Verhalten, also das, was in China offiziell als feudalistischer Aberglaube bezeichnet wird, vorzugehen. Im weiteren Sinne ist davon auch die Religion betroffen, allerdings in erster Linie die eigene volksreligiöse Tradition und weniger die großen Religionen. Die Partei vertritt gemeinhin die Auffassung, daß sich Wissenschaftlichkeit auf der einen und Aberglaube und Religion auf der anderen Seite letztlich einander ausschließen. Mit dem Gedanken, daß beides auch vereinbar sein kann, will sich die Partei nicht anfreunden. Angesichts des in den letzten Jahren zu beobachtenden Wiedererstarkens religiösen Lebens, aber auch anderer Praktiken, die unter den Sammelbegriff feudalistischer Aberglaube fallen, wittert die Partei die Gefahr einer ideologischen Aufweichung und, damit verbunden, des eigenen Machtverlusts.

Die Verbreitung von W+T, die eigentlich das Ziel der Anstrengungen sein sollte, wird letztlich - so scheint es - für andere Zwecke instrumentalisiert: zum einen für nationalistische Zwecke (Erlangung nationaler Größe, Wiederaufstieg Chinas im 21.Jh.), zum anderen zur Sicherung der Parteiherrschaft (Kampf gegen ideologische Aufweichungstendenzen). Aufgrund der in den "Ansichten" gesetzten Schwerpunkte entsteht der Eindruck, daß der Partei der zweite Aspekt besonders wichtig erscheint. Die Energie jedoch, die in die

Bekämpfung von Aberglauben und Kontrolle religiöser Aktivitäten fließt, sollte sinnvoller für den Ausbau des Bildungswesens genutzt werden. Hier liegen die entscheidenden Defizite. Sie werden von der Regierung zwar gesehen, aber dennoch wird zu wenig getan. Schließlich sind es die Schulen, die die Voraussetzungen für die Verbreitung von W+T schaffen. -st-

*(13)

Nationale Konferenz über Hochschulreform

Mitte Dezember 1994 fand in Shanghai eine nationale Konferenz über die Reform der Hochschulbildung statt. Diese ist ein Dauerthema der Bildungsreform. Nachdem es in den ersten Jahren der Hochschulreform zunächst um die erweiterte Autonomie der Hochschulen, Hochschulzugang und ähnliche den Hochschulbetrieb berührende Probleme ging, ist in den letzten beiden Jahren die Reform der Hochschulstruktur in den Mittelpunkt gerückt. Diesem Aspekt war auch die jüngste Shanghaier Tagung gewidmet. Als höchster Regierungsvertreter war der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing anwesend. In seiner Rede vor den Kongreßteilnehmern legte er die Probleme des gegenwärtigen Hochschulsystems dar, die sich hauptsächlich aus der zentralisierten Verwaltung eines großen Teils der Hochschulen im ganzen Land ergeben, und zeigte Wege für eine Neustrukturierung auf (vgl. eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte in RMRB, 20.12.94).

Das gegenwärtige System des Hochschulbetriebs und der Hochschulverwaltung, so Li Lanqing, habe sich in den fünfziger Jahren herausgebildet. Es habe in Einklang mit dem seinerzeit praktizierten hochgradig zentralisierten Planwirtschaftssystem gestanden. Entsprechend diesem System hätten die verschiedenen Fachministerien der Zentrale nacheinander zwecks Ausbildung von Fachleuten für ihre jeweiligen Branchen und Abteilungen eine große Zahl von Hochschulen mit nur einer Disziplin gegründet und verwaltet. Ende der fünfziger Jahre hätten die Provinzen nachgezogen und für ihre Region ebensolche Fachhochschulen gegründet und verwaltet. Auf diese Weise sei nicht nur eine immer größere Zahl von Hochschulen entstanden, sondern zudem ein System, in dem die Zentrale und die Lokalregierungen getrennt jeweils ihre Hochschulen betrieben. Un-

ter den damaligen Bedingungen sei das System angemessen gewesen, aber heute bringe es große Nachteile mit sich. Der Hauptnachteil sei, daß ein großer Teil der damals errichteten Hoch- und Fachhochschulen redundant sei und ein niedriges Niveau habe. Die beschränkten personellen und materiellen Ressourcen hätten nicht optimal eingesetzt und genutzt werden können mit der Folge, daß Effizienz und Niveau dieser Schulen niedrig seien. Außerdem seien diese den Fachministerien unterstehenden Schulen zumeist auf die speziellen Bedürfnisse der jeweiligen Branche ausgerichtet gewesen, häufig sogar nur auf ein Produkt oder eine bestimmte Technik, so daß die Kenntnisse ihrer Absolventen recht eng und nur beschränkt anwendbar seien. Ein solches System passe nicht mehr zu der sozialistischen Marktwirtschaft. Deshalb sei das getrennte System von zentral und örtlich verwalteten Hochschulen auch im Interesse einer weiteren Reform des Wirtschaftssystems nötig.

Das Ziel der Reform der Hochschulstruktur müsse es sein, die Beziehungen zwischen Regierung und Hochschulen, Zentrale und Lokalregierungen sowie zwischen der Staatlichen Erziehungskommission und den Fachministerien der Zentrale enger zu gestalten und ein System anzustreben, in dem sich die Hochschulen unter der Makrokontrolle des Staates der Gesellschaft zuwenden und weitgehende Autonomie haben. Was die Beziehungen zwischen Zentral- und Lokalebene angeht, so sollten die Zentral- und Provinzregierung gemeinsam zuständig sein, wobei die Provinzregierung die Hauptrolle spielen solle. Bezüglich der Verwaltung von Schulen, die zentralen Behörden unterstehen, sollten je nach den Bedingungen verschiedene Formen eingeführt werden, z.B. daß die zentralen Behörden die Schulen weiterhin betreiben, daß Zentral- und Lokalregierung gemeinsam zuständig sind, daß die Lokalregierung zuständig ist, daß Unternehmensgruppen sich an der Verwaltung beteiligen oder daß mehrere Schulen zusammenarbeiten oder zusammengelegt werden. Im 9.Fünfjahrplan sollten Gemeinschaftsgründungen den Schwerpunkt bilden, und wo die Bedingungen reif sind, sollte die Verwaltung auf die Lokalregierung übergehen. Keinesfalls solle man sich auf ein Modell beschränken. Die Neustrukturierung der Hochschulen solle im Rahmen einer Gesamtplanung erfolgen, wobei das wichtigste Ziel sei, die Trennung zwischen zentraler und lokaler Verwaltung aufzuheben

und eine Neugliederung unter dem Gesichtspunkt einer optimalen Verteilung und Fächerstruktur vorzunehmen. Im übrigen sollten bis zum Ende des Jahrhunderts keine neuen Hochschulen gegründet werden. Wenn Bedarf an neuen Hochschulen bestünde, sollte dieser durch Anpassung und Neugliederung bestehender Hochschulen befriedigt werden. Die Hochschulreform ziele darauf ab, die Hochschulen besser zu verwalten. In ihrem Verlauf müßten die Zentral- und Lokalregierungen ihre Zuwendungen für die Hochschulen schrittweise erhöhen, keinesfalls aber verringern, damit die Lehre nicht leide.

Die von Li Lanqing skizzierten Reformvorstellungen werden teilweise bereits in die Praxis umgesetzt. Insgesamt haben schon gut 200 tertiäre Bildungseinrichtungen, also etwa ein Fünftel der 1.080 bestehenden Einrichtungen, in dieser Richtung experimentiert (Xinhua Inlanddienst, Beijing, 16.12.94, nach SWB, 3.1.95). So wird seit 1994 bei ausgewählten Universitäten Shanghais, die bisher allein der Zentrale unterstanden, ein System der Mischfinanzierung (Zentrale und Stadtregierung Shanghai) praktiziert, was bedeutet, daß nunmehr beide Ebenen, die Zentral- und die Provinzregierung, verantwortlich zeichnen (C.a., 1994/5, Ü 10). Außerdem sind schon verschiedene bestehende Hochschulen zwecks Bündelung der Ressourcen und Kapazitäten zusammengelegt worden. Ein Beispiel ist die Gründung der Universität Shanghai, die durch Zusammenlegung von vier tertiären Bildungseinrichtungen entstanden ist (vgl. ebd., Ü 11).

Die Gründe für die Umstrukturierung der Hochschullandschaft in China liegen nicht nur in der Vielzahl - und häufig Überschneidung - sehr eng ausgerichteter Fachhochschulen von niedrigem Niveau, für die heute immer weniger Bedarf besteht, sondern auch darin, den Provinzregierungen Einflußmöglichkeiten auf die in ihren Provinzen gelegenen Universitäten und Hochschulen zu geben. Bisher hatten die Provinzen keinen Zugriff auf die der Zentrale unterstellten Einrichtungen. Durch die Reform müssen sich die Provinzen zwar an der Finanzierung beteiligen, dafür erhalten sie aber das Recht, beispielsweise bei Entscheidungen über die fachliche Ausrichtung der Hochschulen oder die Zusammenlegung redundanter oder sich ergänzender Einrichtungen mitzuwirken, also ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, die vielfach nicht mit denen der Zentrale übereinstimmen.

Für die Zentrale bringt die Strukturreform finanzielle Entlastung mit sich, allerdings auch Einschränkungen hinsichtlich des Zugriffs auf die bisher ausschließlich der Zentrale unterstellten tertiären Bildungseinrichtungen. -st-

*(14)

Derzeitige Hochschulstruktur

Gegenwärtig gibt es in China 1.080 reguläre Universitäten und Hochschulen. Von diesen unterstehen 35 der Staatlichen Erziehungskommission; 325 unterstehen 63 verschiedenen Ministerien und Abteilungen der Zentralregierung. 713 tertiäre Bildungseinrichtungen unterstehen den Provinzen, und sieben werden privat betrieben (Xinhua Inlanddienst, chin., Beijing, 16.12.94, nach SWB, 3.1.95). Demnach ist genau ein Drittel aller Universitäten und Hochschulen der Zentrale unterstellt.

Diese Trennung zwischen zentralstaatlichen Einrichtungen und solchen der Provinzen wird durch die angelaufene Reform der Hochschulstruktur zunehmend überwunden. Derzeit wird die verwaltungsmäßige Zuständigkeit bei gut 200 Hochschulen verändert, teils durch Zusammenlegung und Vermischung der Zuständigkeiten von Staat und Provinzen, teils durch Beteiligung von Unternehmensgruppen. Fünfzig tertiäre Bildungseinrichtungen sollen bereits zu etwa zehn zusammengefaßt worden sein, und weitere fünfzig sind dabei, sich zusammenzuschließen. Zudem beteiligen sich zahlreiche Unternehmen, Unternehmensgruppen und Forschungsinstitute an der Finanzierung und damit auch Verwaltung von Hochschulen. Folgende Beispiele für die Beteiligung am Betreiben von Hochschulen werden genannt:

- 16 Unternehmensgruppen, darunter die Changan-Gruppe und die Panzhihua Mine and Metallurgical Co., beteiligen sich an der Universität Chongqing;
- die Verwaltung des Erdölfelds Shenli beteiligt sich an der Petroleum-Universität;
- die Automobil-Unternehmensgruppe beteiligt sich an der Industrieuniversität Jilin;
- die Hangyun-Unternehmensgruppe beteiligt sich an der Hochschule für Seetransport in Dalian. (Ebd.) -st-

*(15)

Die fünf besten Universitäten für Naturwissenschaften und Technik

Die Beijing-Universität wurde jüngst als beste Universität Chinas für Grundlagenforschung und Technologie ermittelt. Die folgenden vier Plätze der fünf Spitzenuniversitäten des Landes nehmen die Nanjing-Universität, die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik (Hefei), die Fudan-Universität (Shanghai) und die Qinghua-Universität (Beijing) ein. Die Einstufung wurde von der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technologie ermittelt, und zwar aufgrund der international üblichen Methode, nach der als Maßstab die Zahl der im In- und Ausland veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten und die Zahl der internationalen Zitierungen dienen. Danach hatte die Beijing-Universität die meisten wissenschaftlichen Arbeiten zu verzeichnen, nämlich 259 im Jahre 1993. Bei der Nanjing-Universität waren es 222 und bei der Chinesischen Universität für Wissenschaft und Technik 177 Arbeiten. (XNA, 22.12.94)

Die Rangfolge der Universitäten nach dieser Methode wird in China seit 1991 durchgeführt. Der Erhebung der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technologie liegen drei international übliche Indices zugrunde, der *Scientific Citation Index* (SCI), der *Engineering Index* (EI) und der *Index to Scientific and Technical Proceedings* (ISTP). Der SCI legt das Schwergewicht auf naturwissenschaftliche Grundlagenforschung. Ihm zufolge hatten im Jahr 1993 die Nanjing-Universität, die Beijing-Universität und die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik die meisten wissenschaftlichen Arbeiten zu verzeichnen. Der mehr für die technischen Wissenschaften zuständige EI führte für die Qinghua-Universität 156 Arbeiten, für die Jiaotong-Universität in Xi'an 127 und für die Beijinger Universität für Wissenschaft und Technik 124 Arbeiten auf.

Von Seiten der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technologie wird darauf hingewiesen, daß aufgrund der Sprachbarriere und der knappen Finanzmittel für eine große Zahl hervorragender Arbeiten keine Möglichkeit für Veröffentlichung und damit Zitiertwerden bestehe. (Ebd.) -st-

*(16)

Neuordnung der Forschungsstruktur an der Akademie der Sozialwissenschaften

An der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften findet gegenwärtig eine umfangreiche Neuordnung der Forschungs- und Organisationsstrukturen statt. Finanziell am meisten gefördert werden ab 1995 die Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft und Soziologie sowie die "Theorie vom Sozialismus chinesischer Prägung". Andere Disziplinen werden zum Teil abgeschafft oder zusammengelegt. Der Schwerpunkt der Forschung soll auf Finanz- und Haushaltswesen, Außenhandel und Landwirtschaft liegen. Geisteswissenschaftliche Disziplinen wie z.B. Geschichte, Philosophie und Literatur sollen auf dem gegenwärtigen Stand gehalten, aber nicht erweitert werden. Das Studium des Marxismus wird auf verschiedene Institute aufgeteilt, anstatt auf ein Institut konzentriert zu sein, wie es in den vergangenen vierzig Jahren der Fall war. Eine besondere Abteilung wird sich mit Fragen der Sozialversicherung befassen. Außerdem wurden die Parteikomitees und Verwaltungen einiger Institute zwecks Effizienzsteigerung zusammengelegt. Die Anpassung, so heißt es, sei notwendig geworden, weil einige alte Fächer durch die neuen Entwicklungen, namentlich durch die Einführung der Marktwirtschaft, überholt seien. (XNA, 16.12.94)

Angesichts des Mangels an Finanzmitteln und an wissenschaftlichen Mitarbeitern auf der einen und des aufgeblähten Verwaltungsapparates auf der anderen Seite ist auch die Personalstruktur an der Akademie der Sozialwissenschaften verändert worden. Dabei versucht man, möglichst keine Wissenschaftler zu entlassen. Man habe lediglich einige hundert Verwaltungsleute entlassen, hieß es von Seiten der Akademie. Dadurch habe man mehr Wissenschaftlerstellen einrichten und den bürokratischen Apparat reduzieren wollen. Von den 31 Forschungsinstituten der Akademie der Sozialwissenschaften hätten 21 einen Zuwachs an wissenschaftlichen Mitarbeitern erfahren, während bei den übrigen zehn Instituten die Zahl der Wissenschaftler gleichgeblieben sei. Der Anteil der wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Akademie sei durch die Umschichtung dieses Jahres von 58 auf 70 Prozent des gesamten Personals angewachsen. Profitiert hätten davon vor

allen die Gebiete Finanzwesen und Außenhandel. Wissenschaftler, deren Institute aufgelöst oder zusammengelegt worden sind, seien nicht entlassen, sondern mit anderen Aufgaben betraut worden. Die Akademie der Sozialwissenschaften müsse Geld, Personal und Material auf einige Schlüsselprojekte konzentrieren, wie z.B. das Studium des Sozialismus chinesischer Prägung.

Die Personalstärke der Akademie der Sozialwissenschaften insgesamt wurde mit 4.800 Mitarbeitern beziffert. (XNA, 16.12.94)

Bereits Anfang des Jahres 1989 war beschlossen worden, die Schwerpunkte der sozialwissenschaftlichen Forschung neu zu setzen und die Zahl der Akademieinstitute auf dem seinerzeitigen Stand einzufrieren (vgl. C.a., 1989/1, Ü 29). Die Umstrukturierung der Disziplinen trägt der derzeitigen Interessenlage des Staates Rechnung: Gefragt sind Wirtschaftswissenschaften und Jura, auch Soziologie, aber keine Ideologie mehr. Der Marxismus, so heißt es, sei auf mehrere Institute aufgeteilt worden; dort dürfte er noch in Disziplinen wie Geschichte und Philosophie angewendet werden, während ansonsten auf pragmatische Weise Fächer gefördert werden, die für die Einführung marktwirtschaftlicher Bedingungen erforderlich sind und von denen andere Forschungsergebnisse als die Bestätigung der marxistischen Orthodoxie erwartet werden. -st-

* (17)

Geringere Jobchancen für Hochschulabsolventen

Kürzlich hat der Direktor der Abteilung für Hochschulstudenten in der Staatlichen Erziehungskommission die Studenten aufgefordert, ihre Erwartungen hinsichtlich guter Jobs herunterzuschrauben. Hochschulabsolventen hätten zwar keine Schwierigkeiten, eine Stellung zu finden, sagte er, aber aufgrund der Unausgewogenheit von Angebot und Nachfrage sollten sie keine allzu hohen Erwartungen stellen. Er beklagte, daß in den vergangenen Jahren der größte Zuwachs an Studenten in solchen Fächern erfolgt sei, für die heute kaum noch Nachfrage bestehe; dies betreffe vor allem Fächer wie Literatur und allgemeine Naturwissenschaften. Die besten Aussichten hätten Studenten, die Architektur, Verkehrswesen, Finanzwesen, Handel, Buchführung,

Fremdsprachen, Maschinenbau oder Elektronik studiert hätten. (SCMP, 20.12.94)

Die verminderten Jobchancen werden sich besonders für die Hochschulabsolventen des Jahres 1995 bemerkbar machen, deren Zahl mit 895.000 angegeben wird, 38 Prozent mehr als 1994. Denn die Regierung plant mehr als zwei Millionen staatliche Stellen einzusparen und weitere 1,3 Millionen Stellen in staatlich subventionierten Institutionen. Hinzu kommt, daß die Staatsbetriebe, die früher die begehrtesten Stellen zu vergeben hatten, heute größtenteils vor dem Bankrott stehen und keine neuen Stellen mehr zu vergeben haben. In der Beliebtheitskala der Hochschulabsolventen sind sie von ausländischen Firmen abgelöst worden. Alle, die dort unterkommen, schätzen sich glücklich. Den Hochschulabgängern des Jahres 1995 ist das Studium zu 90 Prozent noch vom Staat finanziert worden; dies bedeutet, daß ihnen der Staat auch einen Arbeitsplatz bereitstellen muß (ebd.). Da er aber nur noch wenige Spitzenjobs zu vergeben hat, werden sich die meisten mit schlecht bezahlten Jobs, vielfach auch in Ungunstgebieten, zufriedengeben müssen. -st-

* (18)

Neuer Generalsekretär des Christenrates

Kürzlich wurde Dr. Han Wenzao zum neuen geschäftsführenden Generalsekretär des Chinesischen Christenrates gewählt. Der Christenrat wurde 1980 gegründet und ist zusammen mit der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung das höchste, offiziell anerkannte protestantische Organ (vgl. SCMP, 14. u. 24.12.94). Dr. Han (71) steht vor schwierigen Aufgaben für die Kirche in China. Zum einen geht es darum, eine neue Generation von neuen Kirchenführern und Theologen heranzubilden, da die Kirchenleitung ebenso wie ein großer Teil der Pastoren überaltert sind. Die Nachwuchssorgen sind vor allem deshalb akut, weil die Regierung im vergangenen Jahr verfügt hatte, daß Pastoren und Prediger mit 70 Jahren in den Ruhestand zu gehen haben (vgl. AWSJ, 8.12.94). Zum anderen liegt Han Wenzao daran, eine vermittelnde Position zwischen der Drei-Selbst-Bewegung und der "Untergrundkirche" sowie zwischen der Kirche und der politischen Führung einzunehmen. Eine zunehmende Zahl chinesischer Christen

ist mit der ständigen Beobachtung der Gemeinden durch offizielle Stellen sowie deren Einmischung in das Gemeindeleben unzufrieden und kehrt der offiziell anerkannten Kirche den Rücken, um ihr Christsein in "Hauskirchen" zu praktizieren. Ihre Zahl soll inzwischen die Mitglieder der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung bei weitem übertreffen; die Rede ist von gut 45 Millionen (ebd.). Jüngst war es in der Beijinger Gangwashi-Kirche zu einem Konflikt zwischen der Gemeinde und dem Amt für religiöse Angelegenheiten gekommen, weil das Amt den äußerst beliebten Pastor Yang (73) aus Altersgründen absetzte. Angesichts der Proteste der Gemeinde fühlte sich die offizielle Seite bemüßigt, den Andrang bei den Weihnachtsgottesdiensten mit starker Polizeipräsenz unter Kontrolle zu halten (SCMP, 26.12.94). Ein weiterer Konflikt, dem sich Dr. Han anzunehmen haben wird, betrifft den Pastor einer Shenyanger Gemeinde, der seit acht Monaten im Gefängnis sitzt, weil er angeblich zu Protesten aufgerufen hatte (SCMP, 14.12.94).

Religiöse Aktivitäten werden von der Kommunistischen Partei mit besonderem Argwohn beobachtet. Die Partei verfolgt als Endziel die Abschaffung jeglicher Religion, die als unwissenschaftlich und rückständig angesehen und tendenziell mit Aberglaube in Verbindung gebracht wird. So muß es der Partei ein Dorn im Auge sein, daß die christlichen Kirchen in China seit Jahren verstärkten Zulauf erhalten. Einen Grund dafür sieht Han Wenzao darin, daß das Christentum eine Alternative zu der vorherrschenden materialistischen Weltanschauung, bei der einzig Geld und Reichtum erstrebt werden, bietet. Die Gesamtzahl der Christen in China beträgt zwischen 70 und 80 Millionen (ca. 64 Mio. Protestanten und ca. 12 Mio. Katholiken; vgl. *China heute*, 1993/4-5, S.98). -st-

* (19)

Vierzehn Stätten des kulturellen Welterbes

Das Komitee für das Welterbe der UNESCO hat kürzlich vier neue Stätten in China in die Liste derjenigen Denkmäler aufgenommen, die als kulturelles und historisches Erbe der gesamten Menschheit zu gelten haben. Bei den vier neu hinzugekommenen Stätten handelt es sich um den Potala-Palast in Lhasa (Tibet), den kaiserlichen Som-

merpalast der Qing-Dynastie (1644-1911) in Chengde (Provinz Hebei), die Konfuzius gewidmeten Denkmäler in seinem Geburtsort Qufu (Provinz Shandong) und die daoistischen Tempel und anderen Gebäude auf dem Wudang-Berg (Provinz Hubei). (XNA, 18.12.94)

Die zehn bereits zuvor anerkannten Stätten des kulturellen Welterbes setzen sich wie folgt zusammen: die Große Mauer, der Kaiserpalast in Beijing, die Ausgrabungsstätte des prähistorischen Peking-Menschen in Zhoukoudian bei Beijing, das Mausoleum des ersten chinesischen Kaisers Qin Shihuang nahe Xi'an (Provinz Shaanxi), die Höhlentempel von Dunhuang (Provinz Gansu), die Huang Shan-Berge (Landschaftspark in Anhui), der Tai Shan (Provinz Shandong) sowie die drei Geschichts- und Landschaftsparks Wulingyuan (NW-Hunan), Jiuzhaigou und Huanglong (beide N-Sichuan). -st-

Beschlüsse der Uruguay-Runde gebunden, da es ja auch nicht die mit der Mitgliedschaft verbundenen Handelsvorteile genießen könne. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 20.12.94, nach SWB, 22.12.94)

In einem Kommentar der Nachrichtenagentur Xinhua werden die USA auch explizit als die eigentlichen Bremser bei der Frage der GATT-Aufnahme genannt, deren Verhalten sich auf die übrigen Mitglieder negativ ausgewirkt hätte. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 21.12.94, nach SWB, 23.12.94)

Aus der Sicht der USA wird das stetig wachsende Defizit im Handel mit China nicht gerade als Beweis dafür gesehen, daß China es mit der Marktöffnung tatsächlich ernst meint. Auch in den ersten 10 Monaten d.J. hat sich diese Situation nicht zugunsten der USA verändert wie die folgende Abbildung zeigt.

zu Lösungen zu kommen. Die USA wollen jedoch gleichzeitig eine Liste der Güter aufzustellen, für die Höchsttarife gelten werden, wenn die Verhandlungen zu keinem für die USA akzeptablen Ergebnis führen. (SCMP, 31.12.94) Ende Dezember veröffentlichte das Außenwirtschaftsministerium eine eigene Liste mit amerikanischen Produkten, die bei einer Verhängung von Sanktionen durch die USA von chinesischer Seite diskriminiert werden. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, 31.12.94, nach SWB, 3.1.94) -schü-

*(21)

Vertragstreue und Kreditwürdigkeit chinesischer Unternehmen auf dem Prüfstand

In den letzten Wochen sind eine Reihe von Finanzskandalen bekanntgeworden, in deren Mittelpunkt die Weigerung chinesischer Staatsunternehmen steht,

Außenwirtschaft

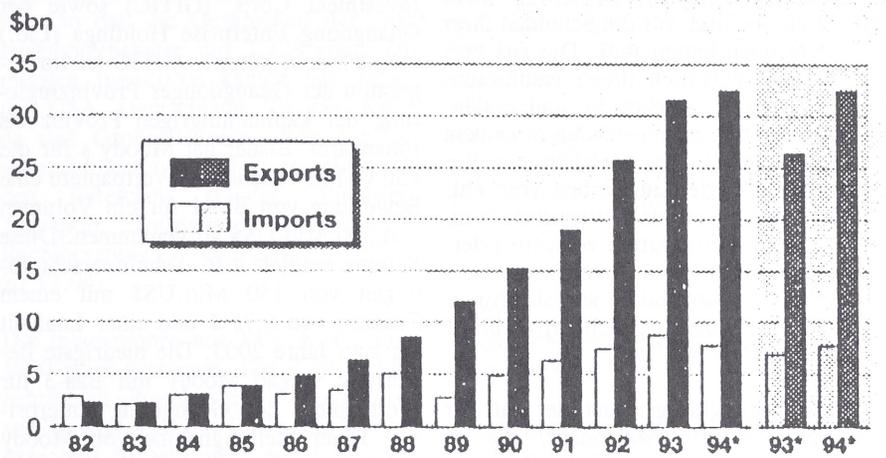
*(20)

USA verhindern Chinas GATT-Beitritt

Das 19. Treffen der GATT-Arbeitsgruppe China endete am 20.12.94 in Genf ohne den Beschluß der Vertragsparteien, China noch vor der Gründung der World Trade Organization (WTO) als Mitglied aufzunehmen. Der Sprecher des Außenwirtschaftsministeriums beklagte, daß einige Vertragsparteien des GATT aus politischen Motiven die Aufnahme Chinas verhindert hätten, obwohl das Außenwirtschaftssystem inzwischen mit den GATT-Prinzipien übereinstimmen würde. Anstatt der von diesen Ländern zuvor zugesagten Unterstützung bei der Aufnahme in das GATT hätten sie überzogene Forderungen gestellt und absichtlich Chinas Beitritt verzögert.

China zweifele daran, so der MOFTEC-Sprecher, daß es der WTO gelingen wird, die ungezügelten Eingriffe einiger Vertragsparteien zu beenden. Zwar würde China als aufsteigende wichtige Welthandelsnation bereit sein, den internationalen Handel zu fördern. Solange jedoch China kein Mitglied im GATT und kein Gründungsmitglied der WTO werde, fühle es sich nicht an die

China's trade with the US



Source: US Dept of Commerce

* Jan-October (aus: FT, 22.12.94)

Die Spannungen in den Wirtschaftsbeziehungen erhöhten sich im Dezember auch aufgrund der Konflikte über die Einhaltung von Urheberrechten. Im Juni d.J. hatten die USA eine Untersuchung im Rahmen der "Sektion 301" des Handelsgesetzes eingeleitet, die jedoch nach Einschätzung der USA keine Wirkung gezeigt hat. Angaben der USA zufolge, beliefen sich die Verluste aus der Verletzung von Copyrights für Computerprogramme oder CDs auf 827 Mio.US\$ im letzten Jahr. (SCMP, 17.12.94)

Die USA haben China einen neuen Termin bis zum 4.2.1995 gesetzt, um dann in erneuten bilateralen Gesprächen

ausstehende Schulden zu begleichen. Hierzu zählt auch der Fall der Lehman Brothers, einer amerikanischen Investmentfirma, die zwei chinesische Staatsunternehmen auf Zahlung von 100 Mio. US\$ in New York verklagt hat.

Dem einen chinesischen Unternehmen entstanden Verluste im Devisenhandel in Höhe von 52,5 Mio.US\$, die sie jedoch auf die Geschäftspraxis von Lehman Brothers zurückführten. Die China National Metals & Minerals Import and Export Corp. (Minmetals), wirft Lehman vor, daß ein junger, unerfahrener Angestellter für einen nichtberechtigten Devisenhandel mit hohem Risiko "gekördert" worden sei. Ähnlich